



Landgericht Berlin

Im Namen des Volkes

Versäumnisurteil

Geschäftsnummer: 12 O 12/14

verkündet am : 26.05.2014
Lucas, Justizbeschäftigte

In dem Rechtsstreit

der Geistlich Pharma AG,
vertreten d.d. Vorsitzenden Dr. Peter Geistlich, d. Verwaltungsmitglied Dr. Andreas Geistlich, d. Verwaltungsmitglied Dr. Martin Geistlich und d. Verwaltungsmitglied Paul Note,
Bahnhofstraße 40, 6110 Wolhusen,
Schweiz,

Klägerin,

- Prozessbevollmächtigte:
Rechtsanwälte Caemmerer & Partner,
Douglasstraße 11 - 15, 76133 Karlsruhe,-

g e g e n

den Herrn Axel Schenker,
Knaackstraße 96, 10435 Berlin,

Beklagten,

- Prozessbevollmächtigte:
Rechtsanwälte BBP Rechtsanwälte,
Mommensenstraße 11, 10629 Berlin,-

hat die Zivilkammer 12 des Landgerichts Berlin in Berlin - Charlottenburg, Tegeler Weg 17-21,
10589 Berlin, auf die mündliche Verhandlung vom 26.05.2014 durch die Richterin am Landgericht
Mülders als Einzelrichterin

f ü r R e c h t e r k a n n t :

1. Der Beklagte wird verurteilt, es zu unterlassen,

- im Zusammenhang mit der Klägerin dritte Personen wegen einer (angeblichen) Zusammenarbeit mit der Klägerin als „korrupt“ und/oder „lügend“ zu bezeichnen,
- Dritten gegenüber im Zusammenhang mit dem Produkt Bio-Oss der Klägerin die Behauptung aufzustellen und/oder zu verbreiten, es seien zahlreiche Staatsanwaltschaften und Generalstaatsanwaltschaften, die Polizei, Medizinanwälte, Strafverteidiger, BfArM, Swissmedic, FDA, RKI, Versicherungsunternehmen usw. eingeschaltet, was zwingend zum Patientenschutz notwendig sei,
- die Behauptung aufzustellen oder zu verbreiten, es gebe erwerbsunfähige, zum Teil an Krebs erkrankte „Bio-Oss-Opfer“,
- Dritten gegenüber die Behauptung aufzustellen oder zu verbreiten, das Produkt der Klägerin Bio-Oss führe immer zu Fremdkörperreaktionen und weise biologische Restrückstände auf,
- Dritten gegenüber die Behauptung aufzustellen, Patienten, die mit dem Produkt der Klägerin Bio-Oss behandelt würden, litten unter chronischen Entzündungen, Schmerzen, Tumoren in Gehirnen, Nasennebenhöhlen und Krebs
- Dritten gegenüber die Behauptung aufzustellen oder zu verbreiten, die erwerbsunfähigen „Bio-Oss-Opfer“ erhielten lediglich 5.000,00 € Schadensersatz,
- Dritten gegenüber die Behauptung aufzustellen, es gebe Ärzte, die das Produkt der Klägerin Bio-Oss- mit der Conterganaffäre verglichen,
- das Produkt der Klägerin Bio-Oss als „Blödsinn“ und/oder „nutzlosen und schädigenden Blödsinn“ zu bezeichnen.

2. Dem Beklagten wird für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen das in Nr. 1 enthaltene Unterlassungsgebot ein Ordnungsgeld in Höhe von bis zu 250.000,00 €, ersatzweise Ordnungshaft, oder Ordnungshaft bis zu sechs Monaten angedroht.

3. Der Beklagte wird verurteilt, der Klägerin umfassend Auskunft darüber zu erteilen, gegenüber wem, in welcher Form, auf welchem Wege und wann er Aussagen, wie sie Inhalt des Unterlassungsantrages Nr. 1 sind, Dritten gegenüber getätigt und/oder verbreitet hat.

4. Der Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin vorgerichtliche Rechtsverfolgungskosten in Höhe von 1.822,96 € nebst Zinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz hieraus seit 13.11.2013 zu bezahlen.
5. Es wird festgestellt, dass der Beklagte verpflichtet ist, der Klägerin jeden weiteren Schaden zu ersetzen, der ihr durch Zuwiderhandlungen gegen das in Nr. 1 des im Klageantrag Nr. 1 beschriebenen Unterlassungsgebotes in der Vergangenheit entstanden ist oder der Klägerin noch entstehen wird.
6. Der Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.
7. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die Entscheidung können Sie **Einspruch** einlegen.

1. Müssen Sie sich anwaltlich vertreten lassen?

Sie müssen sich durch eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt vertreten lassen.

2. In welcher Form und bei welchem Gericht können Sie Einspruch einlegen?

Der Einspruch muss **schriftlich** durch Ihre Rechtsanwältin oder Ihren Rechtsanwalt beim

Landgericht Berlin	oder	Landgericht Berlin	oder
Littenstraße 12-17		Tegeler Weg 17-21	
10179 Berlin		10589 Berlin	

Landgericht Berlin, Turmstraße 91, 10559 Berlin

eingelegt werden.

Die Einspruchsschrift muss die Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung und die Erklärung enthalten, dass Einspruch gegen diese Entscheidung eingelegt wird. Soll die Entscheidung nur zum Teil angefochten werden, so ist der Umfang der Anfechtung zu benennen.

In der Einspruchsschrift sind Angriffs- und Verteidigungsmittel (d.h. das gesamte Vorbringen, das der Durchsetzung bzw. Abwehr des geltend gemachten Anspruchs dient), soweit es nach der Prozesslage einer sorgfältigen und auf Förderung des Verfahrens gerichteten Prozessführung entspricht, sowie Rügen, die die Zulässigkeit der Klage betreffen, vorzubringen.

Werden Angriffs- und Verteidigungsmittel nicht rechtzeitig vorgebracht, so lässt das Gericht sie nur zu, wenn dies nach der Überzeugung des Gerichts den Rechtsstreit nicht verzögern würde oder die Verspätung genügend entschuldigt wird.

Der Schriftsatz ist in deutscher Sprache zu verfassen.

3. Welche Fristen müssen Sie einhalten?

Der Einspruch ist innerhalb von **zwei Wochen** einzulegen.

Die Frist beginnt mit der Zustellung der Entscheidung.

Mülders

Ausgefertigt
Berlin, 02.06.2014

Lucas
Justizbeschäftigte



Zivilkammer 12

Geschäftszeichen: 12 O 12/14

Gegenwärtig:

Richterin am Landgericht Mülders
als Einzelrichterin,

In dem Rechtsstreit

Geistlich Pharma AG ./I. Schenker

erschien bei Aufruf:

für die Klägerin Herr Rechtsanwalt Dr. Artner,

für den Beklagten niemand. Ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt mit EB vom 28.04.2014,
Bl. 32 d. A.

Nach Anhörung des Klägervertreters wird der Streitwert für den Klageantrag zu 1. auf
40.000,00 €, für den Klageantrag zu 3. (Auskunft) auf **5.000,00 €** und für den Klageantrag zu 5.
(Feststellungsantrag) wiederum auf **5.000,00 €** festgesetzt.

Klägervertreter wird darauf hingewiesen, dass die Klage gemäß ZU vom 27. Januar 2014 durch
Mitteilung der Niederlegung ordnungsgemäß zugestellt worden ist. In der Akte befindet sich den-
noch eine nicht abgeforderte Sendung.

Klägervertreter stellt die Anträge aus der Klageschrift vom 09.12.2013, Bl. 2 und 3 d. A. und be-
antragt um 11:02 Uhr den Erlass eines Versäumnisurteils.

Am Schluss der Sitzung **erkannt und verkündet:**

Versäumnisurteil

1. Der Beklagte wird verurteilt, es zu unterlassen,



- im Zusammenhang mit der Klägerin dritte Personen wegen einer (angeblichen) Zusammenarbeit mit der Klägerin als „korrupt“ und/oder „lügend“ zu bezeichnen,
 - Dritten gegenüber im Zusammenhang mit dem Produkt Bio-Oss der Klägerin die Behauptung aufzustellen und/oder zu verbreiten, es seien zahlreiche Staatsanwaltschaften und Generalstaatsanwaltschaften, die Polizei, Medizinanwälte, Strafverteidiger, BfArM, Swissmedic, FDA, RKI, Versicherungsunternehmen usw. eingeschaltet, was zwingend zum Patientenschutz notwendig sei,
 - die Behauptung aufzustellen oder zu verbreiten, es gebe erwerbsunfähige, zum Teil an Krebs erkrankte „Bio-Oss-Opfer“,
 - Dritten gegenüber die Behauptung aufzustellen oder zu verbreiten, das Produkt der Klägerin Bio-Oss führe immer zu Fremdkörperreaktionen und weise biologische Restrückstände auf,
 - Dritten gegenüber die Behauptung aufzustellen, Patienten, die mit dem Produkt der Klägerin Bio-Oss behandelt würden, litten unter chronischen Entzündungen, Schmerzen, Tumoren in Gehirnen, Nasennebenhöhlen und Krebs.
 - Dritten gegenüber die Behauptung aufzustellen oder zu verbreiten, die erwerbsunfähigen „Bio-Oss-Opferd“ erhielten lediglich 5.000,00 € Schadensersatz,
 - Dritten gegenüber die Behauptung aufzustellen, es gebe Ärzte, die das Produkt der Klägerin Bio-Oss- mit der Conterganaffäre verglichen,
 - das Produkt der Klägerin Bio-Oss als „Blödsinn“ und/oder „nutzlosen und schädigenden Blödsinn“ zu bezeichnen.
2. Dem Beklagten wird für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen das in Nr. 1 enthaltene Unterlassungsgebot ein Ordnungsgeld in Höhe von bis zu 250.000,00 €, ersatzweise Ordnungshaft, oder Ordnungshaft bis zu sechs Monaten angedroht.
3. Der Beklagte wird verurteilt, der Klägerin umfassend Auskunft darüber zu erteilen, gegenüber wem, in welcher Form, auf welchem Wege und wann er Aussagen, wie sie Inhalt des Unterlassungsantrages Nr. 1 sind, Dritten gegenüber getätigt und/oder verbreitet hat.

4. Der Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin vorgerichtliche Rechtsverfolgungskosten in Höhe von 1.822,96 € nebst Zinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz hieraus seit 13.11.2013 zu bezahlen.
5. Es wird festgestellt, dass der Beklagte verpflichtet ist, der Klägerin jeden weiteren Schaden zu ersetzen, der ihr durch Zuwiderhandlungen gegen das in Nr. 1 des im Klageantrag Nr. 1 beschriebenen Unterlassungsgebotes in der Vergangenheit entstanden ist oder der Klägerin noch entstehen wird.
6. Der Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.
7. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Mülders

Der Inhalt des Protokolls wurde mittels eines Tonaufnahmegerätes vorläufig aufgezeichnet. Die vorläufige Aufzeichnung wurde gemäß § 160 a Abs. 3 ZPO zu den Prozessakten genommen.

Für die Richtigkeit der Übertragung

(Klauss)

Justizbeschäftigte

Landgericht Berlin

10589 Berlin, Tegeler Weg 17-21

Fernruf (Vermittlung): (030) 90188-0, Intern: (9188)

Apparatnummer: siehe (☎)

Telefax: (030) 90188-518

www.berlin.de/lg

Postbank Berlin, Konto der Kosteneinzugsstelle der Justiz (KEJ), Kto-Nr. 352-108 (BLZ 100 100 10)

IBAN: DE20 1001 0010 0000 3521 08, BIC: PBNKDEFF

Zusatz bei Verwendungszweck: LG 12 O 12/14

Landgericht Berlin, ZK 12, 10617 Berlin

Herrn
Axel Schenker
Knaackstraße 96
10435 Berlin



Fahrverbindungen:

U-Bhf. Mierendorffplatz (U7), U-Bhf. Jungfernheide (U7)

S-Bhf. Jungfernheide (Ringbahn)

Bus X9, X21, M21, 109, 126

(Diese Angaben sind unverbindlich)

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

montags bis freitags 8.30 Uhr bis 13 Uhr

Info- und Rechtsantragsstellen am Standort

Littenstraße zusätzlich

donnerstags 15 Uhr bis 18 Uhr

Hinweis:

barrierefreier Zugang: Tegeler Weg 21 || Derzeit wird der Haupteingang Tegeler Weg 17 um 14.15 Uhr geschlossen. Bis zum Dienstschluss nur noch Zugang über Tegeler Weg 21.

Erstellt am: 23.01.2014

Tel.
385

Fax
518

Datum
23.01.2014

Geschäftszeichen
12 O 12/14

Ihr Zeichen

Bearbeiter/in

Sehr geehrter Herr Schenker,

in der Sache

Geistlich Pharma AG ./ Schenker

erhalten Sie anliegende Anlage K 13. Die Mitteilung vom schriftlichen Vorverfahren, Klage vom 09.12.2013 und Anlagen K 1-12 und K 14-19 werden gesondert zugestellt.

Mit freundlichen Grüßen
Auf Anordnung

Kleist
Justizhauptsekretärin